

Zwickau, 31. Juli 2026

Herrn Ministerpräsidenten Michael Kretschmer

Sächsische Staatskanzlei

Archivstraße 1

01097 Dresden

OFFENER BRIEF

Menschenrechte und Selbstbestimmung dürfen nicht zur Verhandlungsmasse werden

Zur Debatte über die Brandmauer und zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer,

als Zentrum selbstbestimmt Leben Sachsen e.V. (ZsL Sachsen) vertreten wir die Interessen von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen. Mit großer Sorge verfolgen wir die aktuellen Diskussionen über die finanzielle Situation der Kommunen sowie die Gespräche zwischen Bund und Ländern zum sogenannten Zukunftspakt.

Aus diesem Grund haben wir die Petition „Individuelle Rechtsansprüche in der Eingliederungshilfe schützen – Gegen Sozialabbau“ beim Sächsischen Landtag eingereicht. Wir fordern den Freistaat Sachsen auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die individuellen Rechtsansprüche von Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt erhalten bleiben. Menschenrechte, Selbstbestimmung und Teilhabe dürfen nicht von Haushaltslagen abhängig gemacht werden.

Unsere Petition richtet sich gegen Bestrebungen, individuelle Leistungen der Eingliederungshilfe einzuschränken oder zu pauschalisieren. Das Wunsch- und Wahlrecht muss erhalten bleiben, Unterstützungsleistungen müssen sich am individuellen Bedarf orientieren und Pooling darf ausschließlich freiwillig erfolgen. Die UN-Behindertenrechtskonvention muss dabei der verbindliche Maßstab bleiben.

Ihre Aussagen zur Brandmauer verunsichern

Mit großer Aufmerksamkeit haben wir den Tagesschau-Bericht vom 22. Juli 2026 über Ihre Äußerungen zur sogenannten Brandmauer verfolgt. Darin werden Sie mit den Worten zitiert: „Wir müssen mit jedem reden, der reden will.“ Zugleich erklärten Sie, wer noch über Brandmauern rede, habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Wir respektieren, dass eine Landesregierung Verantwortung trägt, demokratische Mehrheiten organisieren und mit den gewählten Fraktionen parlamentarisch arbeiten muss. Dennoch verunsichert die Relativierung der Brandmauer viele Menschen mit Behinderungen. Nicht das demokratische Gespräch an sich bereitet Sorge, sondern die Gefahr, dass dadurch eine politische Normalisierung oder Zusammenarbeit ermöglicht wird, die der AfD zusätzlichen Einfluss auf staatliches Handeln verschafft.

Diese Sorge ist nicht abstrakt. Im Grundsatzprogramm der AfD wird inklusive Bildung als „Inklusion um jeden Preis“ abgewertet und der Erhalt von Förder- und Sonderschulen betont. Solche Positionen stehen unserem Verständnis einer inklusiven Gesellschaft und dem Anspruch der UN-Behindertenrechtskonvention entgegen. Wenn gleichzeitig individuelle Leistungen und sozialstaatliche Ausgaben unter finanziellen Druck geraten, wächst die Befürchtung, dass hart erkämpfte Teilhaberechte geschwächt werden.

Wir erwarten deshalb von Ihnen eine eindeutige Abgrenzung gegenüber politischen Kräften, die die Rechte, die Würde und die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen infrage stellen. Politische Mehrheiten dürfen nicht von der Unterstützung menschenrechtsfeindlicher Kräfte abhängig gemacht werden.

Unsere Forderungen an Sie

- individuelle Rechtsansprüche in der Eingliederungshilfe zu schützen;
- das Wunsch- und Wahlrecht uneingeschränkt zu erhalten;

- Pooling ausschließlich auf freiwilliger Basis zu ermöglichen;
- die UN-Behindertenrechtskonvention als verbindlichen Maßstab politischen Handelns zu wahren;
- Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen frühzeitig und verbindlich an politischen Entscheidungen zu beteiligen;
- sich im Kreis der Länder und im Bundesrat für eine Finanzierung einzusetzen, die Teilhabe sichert und Menschenrechte schützt;
- sich klar gegen eine politische Zusammenarbeit mit der AfD abzugrenzen.

Wir bitten Sie um eine zeitnahe öffentliche Stellungnahme zu unseren Forderungen und um ein persönliches Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern unserer Selbstvertretungsorganisation.

Als Selbstvertretungsorganisation bringen wir unsere Praxiserfahrungen ein und arbeiten an Lösungen mit, die finanziell tragfähig und menschenrechtskonform sind. Eine starke Demokratie zeigt sich daran, dass sie die Rechte aller Menschen verlässlich schützt, Selbstbestimmung ermöglicht und Betroffene an politischen Entscheidungen beteiligt.

Nicht ohne uns über uns.

Mit freundlichen Grüßen

Manuel Schramm

Vorsitzender

Zentrum selbstbestimmt Leben Sachsen e.V.

info@zsl-sachsen.de

Quellen und Bezug

- Tagesschau, 22.07.2026: „Kretschmer für Gespräche mit allen Parteien“
- AfD-Grundsatzprogramm, Abschnitt 8.2.6: „Keine Inklusion um jeden Preis“